

„Diese Stadt hat keine Angst“

Beim Fest der Demokratie in Schenefeld appelliert Bürgermeisterin Christiane Küchenhof an eine wehrhafte Gesellschaft



UNTERSCHIEDLICHE FRAKTIONEN VEREINT: SCHENEFELDER POLITIKER DER GRÜNEN, CDU UND FDP STEHEN VOR DEM DEMOKRATIESTAND.

Mimi Boks

Über einem bunten Programm aus Musik und Poetry-Slam schwebten die jüngsten Angriffe auf Politiker in Dresden und Essen. Am Mittwoch, dem Tag der Befreiung vom nationalsozialistischen Terrorregime (8. Mai), fand auf dem Schenefelder Rathausplatz das Fest der Demokratie statt. Alle Fraktionen der Schenefelder Ratsversammlung stehen geeint für die Demokratie ein. Das Fest war bereits vor den Angriffen geplant: Nun ist es aktueller denn je.

Die Angriffe auf den Europaabgeordneten Matthias Ecke und die Berliner Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey (beide SPD) sorgen bundesweit für Entsetzen. Poetry-Slammer Sven Kamin, anmoderiert als die „200 Kilogramm Wortgranate“, frage sich, was er seinen Kindern sagen soll, wenn sie ihn fragen, wie das damals alles passieren konnte, das mit dem Nationalsozialismus. Er frage sich dann auch manchmal, ob die Gesellschaft heute nicht auch an dem Punkt ist, der Punkt, an dem alle zusehen und niemand etwas macht. Der Punkt, an dem Politiker angegriffen werden, während sie Wahlplakate aufhängen.

Nicht in Schleswig-Holstein, da sind sich Politiker und Wahlkämpfer der SPD einig. „Kontakt mit Schwurblern gibt es hier und da, auch im Wahlkampf. Aber die sind eigentlich immer sofort wieder weg, sobald man sie nach Belegen oder Fakten fragt“, berichtet Jonas Glaser von der SPD. In jüngster Zeit habe es nur bei einer Veranstaltung in Halstenbek mal einen gegeben, der sich extrem rechts und auch ein wenig bedrohlich geäußert habe: Doch auch der habe Argumenten nichts entgegenzusetzen können und habe sich dann nicht weiter auffällig geäußert.

Glasers Parteikollegen Ronald Vierke und Marcel Bauermeister sowie Susanna Kaltschmidt sind sich einig: In Schleswig-Holstein passiere so etwas nicht. Bürgermeisterin Christiane Küchenhof (SPD) mahnte in ihrer Rede trotzdem an: „Es ist erschreckend, wie wenig selbstverständlich und verinnerlicht ein demokratisches Grundverständnis für viele Menschen ist.“

Insgesamt zeigen Daten des Bundeskriminalamtes (BKA) eine Zunahme der Gewalt gegenüber Politikern: Im Zeitraum von 2019 bis 2023 wurde bundesweit eine Zunahme von 1420 auf 2790 Fälle jährlich registriert. Auch in Schleswig-Holstein haben sich die Vorfälle verdoppelt: Waren es 2019 noch 39 Fälle, so sind es im Jahr 2022 bereits 95 gewesen. In den



EIN EMOTIONALES FEST: ESIN RAGER UND CHRISTIANE KÜCHENHOF LAGEN SICH AM ENDE DES FESTES IN DEN ARMEN. MIMI BOKS

meisten Fällen geht es dabei um Beleidigungen, üble Nachrede und Verleumdungen.

Küchenhof verdeutlichte angesichts dieser Entwicklungen: Es bleibe nur zu hoffen, dass in Schenefeld und anderswo die „Verantwortung, unsere Demokratie zu erhalten“, ernst genommen wird. Denn seit dem Rechtsruck, so betont Küchenhof, „erleben wir schmerzlich, wie fragil der Friede in Europa ist.“

Es gäbe viele Gründe, sich Fragen zu stellen und vieles mache ihr auch Sorgen: „Aber diese Stadt hat keine Angst“, hier könne man auf ein demokratisches Grundverständnis bauen. Und damit soll sie momentan Recht behalten: Alle in der Ratsversammlung vertretenen Parteien waren Mittwoch am Demokratiestand vertreten. Trotz unterschiedlicher Meinungen und Programme: „Auf die Demokratie können wir uns hier alle einigen, extreme Parteien fassen hier auf kommunaler Ebene keinen Fuß“, lautet das Credo.

Abiturientin Liara Dawson gab allen Anwesenden in ihrer Rede mit auf den Weg: „Veranstaltungen wie diese dürfen keine obligatorische Selbstvergewisserung ohne nachhaltige Folgen sein.“ Vielmehr müsse man Rechtsextremismus proaktiv begegnen. Um es mit den Worten des ehemaligen Bundespräsidenten Roman Herzog zu sagen, derer Dawson sich in ihrer Rede bedient hat: „Es gibt viele demokratische Tugenden. Bequemlichkeit gehört nicht dazu.“

Großer Worte bediente sich auch Küchenhof: „Wer in einer Demokratie schläft, wacht in einer Diktatur auf“, mutmaßlich sind diese Worte von Udo Lindenberg, da war sich die Bürgermeisterin auch nicht ganz sicher. Ob von Lindenberg oder nicht: Sie sind aktueller denn je, da ist man sich in Schenefeld einig. Denn ganz so rosig ist dann doch nicht alles hier: „Natürlich macht man sich so seine Gedanken. Insbesondere, da die Grünen ja sehr häufig Ziel von Anfeindungen sind“, erklärt Grünen-Fraktionschefin Katharina Silter. Auch in Schenefeld? Das bis dato nicht, aber beispielsweise gingen sie nur noch in Teams von etwa fünf Leuten Wahlkampf machen.

Gegen andere Meinungen habe man nichts, dazu sei eine Demokratie ja da. Man halte mit Argumenten sachlich dagegen, gegen Anfeindungen. Aber bei Gewalt ist einfach Schluss. Das sieht auch Stadtpräsident Holm Becker von der CDU so: Er mache sich keine Sorgen, dass es solche Übergriffe in Schenefeld geben könnte. Und doch: „Ich verurteile das zutiefst. Es gibt eine Grenze, die nicht überschritten werden darf.“

Küchenhof mahnt abschließend an: „Nie wieder war bei der Gründung unserer Demokratie ein Versprechen. Heute ist es eine Pflicht.“ Ja, Demokratie und Europa. Das sei beides oft anstrengend. Doch: „Wir können unsere Zukunft bestimmen, in dem wir wählen gehen. Also sollten wir das am 9. Juni bei der Europawahl alle tun.“